

Rieser Tagesblatt



und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Amtsblatt

Druckanstalt: Tagesblatt Rieser.
General Nr. 22.

Verlagsamt: Leipzig 21208.
Stadtplatz Rieser Nr. 22.

für die Königl. Amtshauptmannschaft Großenhain, das Königl. Amtsgericht und den Rat der Stadt Rieser, sowie den Gemeinderat Gröba.

Nr. 199.

Dienstag, 27. August 1918, abends.

71. Jahrg.

Das Rieser Tagesblatt erscheint jeden Tag abends 7/7 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, durch unsere Träger frei Haus oder bei Abholung am Schalter der Kaiser Postanstalten vierteljährlich 3 Mark, monatlich 1 Mark. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 10 Uhr vormittags aufzugeben und im Voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Preis für die 43 mm breite Grundzeile (7 Silben) 25 Pf., Ortspreis 20 Pf.; Zeitrauben und tabellarischer Satz entsprechend höher. Nachweisungs- und Vermittlungsgebühren 20 Pf. Beste Tarife. Bewilligter Rabatt erlischt, wenn der Betrag verfällt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konturs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Rieser. Ubergewaltige Unterhaltungsbeilage „Erzähler an der Elbe“. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Vertriebsanstaltungen — hat der Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Retentionsdruck und Verlag: Sanger & Winterlich, Rieser. Geschäftsstelle: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Arthur Dörmel, Rieser; für Anzeigen: Wilhelm Dittsch, Rieser.

Nachstehende Verordnung der Reichsstelle für Schuhverfertigung über die Berechtigung zum Verkauf von Schuhwaren vom 19. August 1918 wird hiermit zur allgemeinen Kenntnis gebracht.
Dresden, den 24. August 1918.

Ministerium des Innern.

721 III Kr. 1 A
3919

Bekanntmachung über die Berechtigung zum Verkauf von Schuhwaren.
Auf Grund der Bundesratsverordnung über die Errichtung einer Reichsstelle für Schuhverfertigung vom 28. Februar 1918 (Reichs-Gesetzblatt Seite 100) wird folgendes angeordnet:

§ 1. Neues, bedarfsheinpflichtiges Schuhwerk darf nur hergestellt, angeboten oder gegen Entgelt veräußert werden.
1. von Herstellern, die Gesellschafter einer Schuhwarenfabrikations- und Vertriebsgesellschaft sind, nach den vom Ueberwachungsamt der Schuhindustrie erlassenen Bestimmungen,

2. von denjenigen Schuhwarenhändlern, die auf Anweisung des Hauptverteilungsamtes des Schuhhandels beliefert werden,

3. von Handwerkern, die eine Vollenlederfabrik haben.

§ 2. Wer diesen Bestimmungen zuwiderhandelt, wird gemäß § 5 der Bekanntmachung über die Errichtung einer Reichsstelle für Schuhverfertigung vom 28. 2. 1918 mit Gefängnis bis zu einem Jahr und mit Geldstrafe bis zu M. 15000, — oder mit einer dieser Strafen bestraft. Neben der Strafe kann auf Einziehung der Gegenstände erkannt werden, auf welche sich die strafbare Handlung bezieht, ohne Unterschied, ob sie dem Täter gehören oder nicht.

§ 3. Diese Bekanntmachung tritt am 23. August 1918 in Kraft.
Berlin, Kronenstraße 50/52, den 19. August 1918.

Reichsstelle für Schuhverfertigung.

Wallerstein.

Dr. Gumbel.

Kriegsnachrichten.

Oesterreichisch-ungarischer Generalstabbericht. Amtlich wird aus Wien vom 26. August verlautbart: Italienische Kriegshauptquartier: Im Nalons-Gebiet erfolgreiche Vorstoßgefechte. In der Nacht zum 25. d. Mts. griffen bei Verfolgung eines feindlichen Geschwaders unsere Flieger das Flugfeld bei Babua an und richteten beträchtlichen Schaden an. Albanien: Die Gegenoffensive des Generalobersten von Wlanzer-Kallin hat gestern zur Gewinnung von Jieri und Berat geführt. Damit sind jene Verwicklungen wieder in unserer Hand, deren Verwicklung vor 6 Wochen die Italiener als entscheidende Wendung in der Adriatrafage begrüßt hatten. Jieri fiel nach blutigen Straßenkämpfen. Die Verfolgung des weichenen Gegners ist aufgenommen. In Berat drangen unsere braven allen Mühsalen des Kriegstheaters gemachten Truppen gestern früh in unangenehmer Vorrückung ein. Bald nachher wurde der Feind von den beherrschenden Höhen Spiragiri und Sinja geworfen. Auch am oberen Dröoll bauten wir unsere Erfolge weiter aus. Die Verluste der Italiener an Kämpfern und Kriegsgeschützen sind sehr groß. Der Chef des Generalstabs.

Russischer Kriegsbericht. Ein bedeutender Sieg der Sowjettruppen. In allen Punkten der östlichen Front gehen die Kämpfe mit großen Erfolgen vor sich. Hartnäckige Kämpfe finden statt um den Besitz beherbergender Stellungen, deren Ergebnis der Rückzug des Feindes auf der ganzen Linie ist. Alle Angriffe der Kolaken, die mit starken Kräften auf Komoufent vorrückten, sind mit großen Verlusten abgewiesen worden. Der Feind wurde zur Flucht gezwungen, nachdem er auf dem Schlachtfeld mehr als 400 Tote und viel Kriegsmaterial, darunter Maschinengewehre zurückgelassen hat. Die Tscheko-Slowaken wurden bei Nifolajewsk geschlagen. Die Stadt ist in unserer Gewalt. Das gesamte feindliche Kriegsmaterial ist erbeutet worden, darunter Geschütze, Maschinengewehre und eine Menge von Geschossen. Die Verluste des Gegners sind groß. In der Richtung Speran rücken wir unter Kämpfen vor. Die Station Nowosparjala ist von uns besetzt. Im Bezirk von Kalau hat unser Artilleriefeuer den Gegner von dem Karsyn-Berge vertrieben, dessen wir uns bemächtigt haben. Die auf dem Karsyn-Berge erbeuteten feindlichen Geschütze wurden von uns sofort gegen den Feind verwendet. Die Schlachtfeldstellung der Stadt ist somit in unsere Hand gefallen. In der Nähe von Jekaterinenburg sind von uns Stellungen besetzt, die uns ermöglichen, den weiteren Vormarsch auf diese Stadt erfolgreich fortzusetzen.

Jur Rede des Lord Cecil schreibt die Norddeutsche Allgemeine Zeitung: Lord Cecil bezeichnet die Rede des Staatssekretärs Dr. Solz als einen Fortschritt. In welchem Sinne er das meint, ergibt sich aus dem „Friedensprogramm“, das er später entwickelt und das darauf hinausläuft, Deutschland seine Kolonien zu rauben und ihm eine völlige Niederlage zu bereiten. Lord Cecil irtt sich, wenn er glaubt, daß die Rede des Staatssekretärs Solz ein Fortschritt auf diesem Wege sei. Wir wollen und werden unser weltpolitisches Recht auf Freiheit und Aufstieg uns nie und nimmer verfliegen lassen. Die Durchsetzung dieses Rechtes ist unser Kriegsziel und unsere Bedingung für den Frieden. Es ist zu bedauern, daß die Rundgebung Lord Robert Cecil's auf dem Wege zu einem solchen gerechten Frieden eigen entscheidenden Rücktritt bedeutet.

Hollands Nieuws Bureau meldet aus London: Das Blatt Observer schreibt: Dr. Solz hat die Erklärungen des Reichsstaatssekretärs wiederholt, daß Deutschland nicht die Absicht habe, Belgien, in welcher Form auch, zu behalten, und daß nach dem Kriege Belgien wieder als unabhängiger Staat aufgebaut werden soll. Unsere Antwort an Deutschland ist, daß Belgien nicht nach dem Kriege erst unabhängig gemacht und wiederhergestellt werden muß, sondern schon während des Krieges. Die Verbündeten sind nicht gewillt, einen Rubandhandel einzugehen, und Redensarten wie „Fauspfand“ seien nicht angebracht. Als erste Bedingung für einen Waffenstillstand gelte, daß das belgische Gebiet bis zum letzten Mann von den Deutschen verlassen sei, und das würde noch nicht mit dem Begriff eines Friedens gleichbedeutend sein, dies bedeutet nur, daß die Verbündeten nur die Friedensmöglichkeit erwägen könnten, nachdem eben durch die Nennung Belgiens von den Deutschen für die spätere Sicherheit Belgiens eine Gewähr gegeben sei.

Ueberblick gegen die Eroberungsabsichten der Entente. Die „Frankf. Zeitung“ meldet aus Genf: In der „Humanität“ hat die Jentur eine von den Sozialisten in dem Pariser Vorort Billancourt angenommene Tagesordnung durchgehen lassen, die wohl als allgemeiner Ausdruck der vorherrschenden Stimmung gelten darf. Es heißt darin: „In der Erwägung, daß die sozialistische Partei den Krieg nur mitmachen kann, solange es sich ausschließlich um die Verteidigung des Vaterlandes handelt, in der Erwägung,

daß die Erklärungen Valfours über die deutschen Kolonien nach unseren letzten militärischen Erfolgen dem Gedanken Raum geben, daß die imperialistischen Gelüste sich unsonst mehr geltend machen, je überlegener unsere Waffen sind, und daß diese durchaus jede Friedensmöglichkeit hinauschieben, in der Erwägung schließlich, daß die Zweideutigkeit der Kriegsziele eine der Ursachen der Fortdauer des Krieges ist, spricht der Verband der Arbeiter von Billancourt den Wunsch aus, daß die sozialistische Partei gegen diese Eroberungsabsichten der Entente Widerstand erhebe und ihre Tätigkeit darauf richte, daß im gegenwärtigen Augenblick unsere Kriegsziele unabweisbar und endgültig festgelegt werden.“

Die Kriegsausgaben Frankreichs. Der „Temp“ erklärt in einer offiziellen Note, daß einschließlich der für das letzte Vierteljahr 1918 angeforderten Kredite die Kriegsausgaben Frankreichs im Zeitraum vom 1. August 1914 bis 31. Dezember 1918 etwa 147 Milliarden Francs betragen. Nicht eingerechnet sind darin acht Milliarden für das Budget von 1918.

Das amerikanische Mannschafteigetz ist vom Repräsentantenhaus gegen zwei sozialistische Stimmen in der vom Kriegsdepartement vorgeschlagenen Fassung angenommen worden.

Die finnische Königswahl. Herzog Adolf Friedrich von Wiedenburg ist, wie die „Voll. Ztg.“ erfährt, aus der Reihe der finnischen Thronkandidaten ausgeschieden. Die Königswahl wird voraussichtlich Mitte September stattfinden.

U. Bayer und die polnische Frage. Während der jüngsten Besprechungen des Fraktionsführers mit dem Bizekanzler v. Bayer wurde auch die Frage der polnischen Westgrenze gestreift. Wie in eingeweihten parlamentarischen Kreisen verlautet, stellte der Bizekanzler bestimmt in Rede, daß bindende Beschlüsse bereits gefaßt seien und daß eine beabsichtigte Grenzberichtigung irgendwelche Gegenforderungen Oesterreichs auslösen werde. Die Verhandlungen mit Polen nach dieser Richtung würden lediglich im wirtschaftlichen Interesse Deutschlands bei einer neuen Grenzberichtigung zu treffen sein. Die Frage einer einmaligen deutschen Gegenleistung an Polen, die von einem Vertreter der linken Parteien angeregt wurde, werde gleichfalls noch geprüft werden müssen.

Schwierigkeiten bei den bevorstehenden englischen Parlamentswahlen. In Pariser Regierungskreisen verläuft man mit Spannung die Verhandlungen zwischen England und Frankreich über die im Dezember in England stattfindenden Wahlen. Die englische Regierung beabsichtigt ursprünglich mit Rücksicht auf die öffentliche englische Meinung, auch alle Soldaten wählen zu lassen, allein die französische Regierung erhob dagegen in schärferer Weise Protest, mit dem Hinweis darauf, daß eine Teilnahme der in Frankreich kämpfenden englischen Truppen an Parlamentswahlen die gleichen Maßnahmen in Frankreich notwendig machen würde. Tatsächlich scheint dieser Protest in London Eindruck gemacht zu haben, denn die britische Regierung beschloß, den in Frankreich befindlichen Truppen das Wahlrecht zu entziehen, eine Maßregel, die wiederum zu heftigen Unruhen gegen die Regierung führte. Die derzeit zwischen Paris und London im Gange befindlichen Verhandlungen über das Wahlrecht der in Frankreich befindlichen englischen Truppen haben zu einer ziemlich kritischen Lage geführt, da England jede diesbezügliche Vorkommnisse als Einmischung in innenpolitische Fragen betrachtet und nicht gut die in Frankreich befindlichen englischen Soldaten des Wahlrechts berauben kann, ohne der Opposition neue Waffen in die Hand zu geben. Andererseits kann Frankreich eine Wahlbestimmung englischer Soldaten auf französischem Boden nicht dulden. Pariser Regierungskreise betrachten daher die Lage mit Besorgnis.

Die internationale Kirchenkonferenz in Wlala verabschiedet. Die „Frankf. Ztg.“ meldet aus Stockholm: Auf den 8. September war die Einberufung einer internationalen Kirchenkonferenz in Wlala geplant. Trotz der Bereitwilligkeit einer großen Anzahl Kirchenverbände der neutralen und kriegführenden Länder teilzunehmen, ist jetzt die Konferenz auf unbestimmte Zeit verschoben worden. Aus einer Aeußerung des Erzbischofs Söderblom geht hervor, daß aus Rücksicht auf den Wunsch eine Mitteilung war, wonach die Ententemächte die Waffe verweigern würden.

Verliches und Sächliches.

Rieser, den 27. August 1918.

Leuchtöl-Versorgung. Von zukünftiger Stelle wird uns folgendes geschrieben: Die Ausichten für die Versorgung der bürgerlichen Bevölkerung mit Leuchtöl für den Winter 1918/19 haben sich leider nicht gebessert. Insgesamt werden, wie die Dinge zur Zeit liegen, an Petroleum aller Voraussicht nach ein Viertel der Mengen zur

Verfügung stehen, die im Vorjahre verteilt werden konnten. Diese schlechten Ausichten der Petroleumverteilung werden in weiten Kreisen vielfach überraschen, da die Auffassung sehr verbreitet ist, daß der Friedensschluß mit Rumänien schon jetzt eine bessere Versorgung Deutschlands mit Petroleum ermöglicht. Dies ist ein Irrtum. Fast die gesamten Kohlenlager Rumaniens befinden sich im besetzten Gebiet und wurden durch die deutsche Militärverwaltung bereits vor dem Friedensschluß so stark ausgebeutet, wie es die gegenwärtigen Verhältnisse nur irgend gestatten. Fast die gesamte rumänische Mineralölproduktion wurde schon bisher der deutschen Kriegswirtschaft zugeführt. Eine vermehrte Zufuhr von Mineralölprodukten kann von dem Friedensschluß, der an den tatsächlichen Verhältnissen wenig geändert hat, nicht erwartet werden. Es handelt sich bei dem mit Rumänien abgeschlossenen Petroleumabkommen um wirtschaftliche Vorteile, die erst nach Wiederkehr normaler Verhältnisse tatsächliche Bedeutung gewinnen werden. — Nach alledem wird der Bevölkerung dringend empfohlen, sich schon jetzt um Ersatzbeleuchtung, als Carbid, Paraffin-Ärzen oder dergleichen zu kümmern. Behördlicherseits wird man bemüht sein, der bestehenden Leuchtstoffknappheit nach Möglichkeit zu steuern.

Ein sächsischer Fleischer-Obermeister tag wurde gestern (Montag) mittag im Fremdenhof „Drei Raben“ in Dresden unter starker Beteiligung aus ganz Sachsen abgehalten. Zunächst handelte es sich, wie die „Dresdner Nachrichten“ berichten, um Stellungnahme zur Zusammenlegung der Schlachtungen und Wurstherstellung, die eine längere Aussprache hervorrief. Die Vorsitzende Obermeister Dreher (Freiberg) ausführte, wolle die Regierung die Wurstherstellung zentralisieren, weil sie glaubte, sie billiger und besser herstellen zu können, und eine bessere Ausnutzung der Fleischteile erwarte. Teilweise seien die Vorbereitungen schon so weit gediehen, daß die Zentralisation am 1. September beginnen könne, teils wollten die Bezirke den § 6 der Verordnung in Anspruch nehmen, der Ausnahmen bei schwer überwindbaren Hindernissen zuläßt. Der Leiter der Zentralstelle Bösch (Stollberg) erklärte auf Grund zweijähriger Erfahrungen, daß die Annahmen der Regierung völlig falsch seien; die Wurst werde durch Zentralisation weder billiger noch besser, auch nüge ein Kleinbetrieb die Fleischteile besser aus, als ein Großbetrieb. In der weiteren Aussprache wurde betont, daß nicht die Fleischer Schuld daran trügen, daß in Deutschland 334000 Hinder und 130000 Schweine verbotswidrig geschlachtet würden, dies sei vielmehr den Landwirten zuzuschreiben. Die Wurstzentralisation werde den Schleichhandel nicht aus der Welt schaffen. Nach längerer Aussprache wurde beschlossen, den Vorstand des Bezirksvereins zu beauftragen, beim Ministerium vorstellig zu werden dahin, daß die Verordnung betr. Zusammenlegung der Wurstherstellung rückgängig gemacht werde oder mindestens Ausnahmen nach § 6 in weitestgehendem Maße zugelassen werden. Hierauf wurde in die Besprechung der Fleischloren Wochen, Höchstpreise und Verbleibliche eingetreten. Der Vorsitzende gab der Meinung Ausdruck, die Fleischloren Wochen müsse man als Kriegsspiel ansetzen, eine Entschädigung dafür werde auch kaum zu erlangen sein. Dagegen ist eine Erhöhung der Verdienste anzustreben, um so mehr, als jetzt auch Haus- und Schwundverlust dem Fleischer zufalle. Auch dies soll der Vorstand in die Wege leiten. Ueber die Verordnung betr. den Kundenkreis teilte der Vorsitzende mit, es sei dadurch beabsichtigt, den Kundenkreis immer mehr zu verkleinern, deshalb sei er für Städte über 100000 Einwohner auf 1800, bei solchen unter 100000 auf 1200 festgelegt worden. — Nach Erledigung von Sachangelegenheiten wurde der Obermeisterstag vom Vorsitzenden um 4 Uhr geschlossen.

Verteilung nicht rationierter Waren. Vielfache Anfragen geben Veranlassung, darauf hinzuweisen, daß der Kommunalverband nicht in der Lage ist, wegen der Verteilung nicht rationierter Waren — so z. B.: Feringe und sonstige Fischwaren — besondere Bestimmungen zu treffen. Diefelben kommen in so geringen Mengen und so unregelmäßig, daß eine gleichmäßige Belieferung der Bezirksangehörigen völlig ausgeschlossen ist. Der Kommunalverband hält es aber für richtig auch die kleinen Mengen anzunehmen, um der Bevölkerung überhaupt auch diese Nahrungsmittel zuführen zu lassen.

Beschränkte Gültigkeit der Fleischmarken in den Gastwirtschaften. Das Ministerium des Innern hat bestimmt, daß die Fleischmarken in den Gastwirtschaften nur noch für die Woche Gültigkeit haben, für die sie bestimmt sind, d. h. die Woche, deren Datum sich auf den Fleischmarken befindet. Bisher hatten bekanntlich in den Gastwirtschaften auch die Fleischmarken der vorangegangenen Woche noch Gültigkeit. Diese jetzt aufgehobene Bestimmung war seinerzeit veranlaßt worden durch die großen Schwankungen in den Fleischlieferungen in Sachsen. Man hatte damit die Möglichkeit geben